

Kapitalistische Ausbeutung und rassistische Ausgrenzung von Migrant_innen

Personen, die in Deutschland um Asyl ersuchen, wird ein einjähriges Arbeitsverbot auferlegt. Sie werden zu Untätigkeit gezwungen und haben keine Möglichkeit an Sprachkursen teilzunehmen.

Der Wunsch, unabhängig zu sein und keine Sozialhilfen entgegen nehmen zu müssen wird somit enttäuscht.

Diese erzwungene Untätigkeit führt zu Sinnkrisen und dem Verlust an Energie, mit der die Geflüchteten ein neues Leben aufbauen wollten.

Papiere für ALLE!

Nach dem Arbeitsverbot können sie sich mit Hilfe eines Unternehmens eine Jobzusage geben lassen. Mit der Zusage gehen sie dann zur Ausländerbehörde und beantragen eine Arbeitserlaubnis für den zugesagten Job. Nun erfolgt durch die Ausländerbehörde in Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur eine so genannte Vorrangprüfung. Dabei wird geschaut, ob für diese Arbeitsstelle kein_e Deutsche_r oder EU-Bürger_in, oder ein_e Ausländerin mit besserem Aufenthaltstitel für diese Arbeitsstelle geeignet wäre und zur Verfügung steht.

Erst wenn kein Mensch aus den genannten Personengruppen den Job annehmen kann, bekommt der Asylsuchende die Erlaubnis den Job auszuführen.

Asylsuchende besitzen keine Gewerkschaft oder Lobby, sie werden oft am Arbeitsplatz ausgebeutet. Ihnen werden fundamentale Arbeitsrechte, wie feste Arbeitszeiten oder Überstundenentgelt verwehrt. Sie arbeiten zu einem minimalen Lohn und sobald sie gegen diese Arbeitsverhältnisse aufbegehren, droht ihnen die Kündigung.

Sie besitzen keine Arbeitsrechte und ihnen droht jederzeit die Abschiebung, sobald sie entdeckt werden. Sie haben weder einen geregelten Zugang zum Schul- oder Gesundheitswesen, noch irgendwelche anderen Rechte, auf die sie sich stützen können.

Diese Lebenssituation lässt illegalisierte Menschen zu einer wirtschaftlich auszubeutenden Gruppe werden. Für diese Personen müssen keine bestimmten Löhne gezahlt werden, sie haben keinen Arbeitsvertrag und auch Sozialabgaben müssen nicht abgeführt werden.

Gerade aus diesen Gründen erbringt die Personengruppe der irregulären Migrant_innen einen wichtigen ökonomischen Beitrag. Schätzungen zufolge wurden von der Personengruppe 30% des Bruttosozialprodukts im Süden Italiens erwirtschaftet. Auch für die deutsche Bauindustrie und Landwirtschaft bilden Personen ohne Aufenthaltstitel einen entscheidenden wirtschaftlichen Faktor.

Obwohl die Menschen ohne Aufenthaltsstatus kriminalisiert werden, sind sie doch „unentbehrlich“ für das kapitalistische System.

Ihre Ausbeutung bedeutet Gewinnmaximierung.